

Medienkonferenz vom 6. November 2023

« Europapolitik: Lagebeurteilung und Forderungen der Gewerkschaften »

Nur ein echt verhandeltes und ausgewogenes Vertragspaket hat vor dem Volk eine Chance

Redetext von Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, hat sich immer für geordnete Beziehungen mit der Europäischen Union ausgesprochen. Im Sounding Board unter der Leitung von Bundesrat Cassis und in den technischen Gesprächen zum Lohnschutz mit dem Seco hat Travail.Suisse dementsprechend konstruktiv mitgearbeitet. Travail.Suisse befürwortet grundsätzlich ein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union, aber nicht zu jedem Preis. Nach den Sondierungsgesprächen zeigt sich, dass dieser Preis mit einer weiteren Schwächung des Lohnschutzes, einer Liberalisierung im Strommarkt und beim internationalen Fernverkehr eindeutig zu hoch ist. Der Bundesrat muss deshalb in Verhandlungen auf politischer Ebene gegenüber der Europäischen Union klar Stellung beziehen und sich für den Lohnschutz und gegen Liberalisierungen stark machen. Nur wenn der Bundesrat das Heft in die Hand nimmt und in Brüssel echte Verhandlungen führt, ist es unter Umständen noch möglich ein Vertragspaket zu bekommen, das im Inland bei der Volksabstimmung eine Chance hat.

Der Bundesrat hat beim erneuten Versuch geregelte Beziehungen mit der Europäischen Union zu schaffen, die inländischen Akteure stärker in die Gespräche mit der Europäischen Union einbezogen. Travail.Suisse ist seit Oktober 2022 mit seinem Präsidenten im Sounding Board, das unter der Leitung von Bundesrat Ignazio Cassis die Sondierungen begleitet, vertreten. Seit Ende 2022 wurden im Bereich Lohnschutz mehrere technische Diskussionsrunden unter der Leitung des Seco und seiner Direktorin Helene Budliger durchgeführt. Diese Gefässe ermöglichen einen guten Austausch über die zur Diskussion stehenden Punkte. Travail.Suisse erachtet den Einbezug als sehr wertvoll und vertrauensbildend. Ein gut geführter und transparenter Prozess ändert aber nichts an den inhaltlichen Positionen von Travail.Suisse. Diese stehen nun in starkem Gegensatz zu den Ergebnissen aus den Sondierungsgesprächen. Im Vorfeld der Entscheide des Bundesrates über das weitere Vorgehen, müssen wir deshalb – trotzdem – in aller Deutlichkeit auch öffentlich Stellung nehmen.

Verbesserungen im Lohnschutz nötig

Der Bundesrat kennt die Beurteilung der einzelnen Punkte im Lohnschutz von Travail.Suisse. Das Resultat im Lohnschutz ist nach den Sondierungsgesprächen zwar klarer, kann aber von Travail.Suisse nicht unterstützt werden. Die EU-Kommission hat nach dem Gespräch mit den Sozialpartnerdachverbänden im März und im Juni 2023 der Schweiz neu eine Non-Regression-Klausel angeboten. Damit soll trotz einer Dynamisierung des Rechts im Bereich des Lohnschutzes in Zukunft keine bedeutende Schwächung desselben möglich sein. Der Preis für diese Klausel ist allerdings sehr hoch – vermutlich zu hoch - und ihr Wert völlig unklar. Hinzu kommen offene Punkte wie die Kautions- oder die Spesenregelung, die auf politischer Ebene mit der EU diskutiert werden müssen. Die sondierten Resultate gerade bei diesen beiden Punkten führen zu einer deutlichen Schwächung des Lohnschutzes und sind für Travail.Suisse deshalb nicht akzeptabel. Travail.Suisse erwartet vom Bundesrat, dass er auch darüber echte Verhandlungen führt und die Interessen der Schweizer Arbeitnehmenden in Brüssel

bis am Ende der Verhandlungen vertritt. Was heute nach den Sondierungen auf dem Tisch liegt entspricht weiterhin einer Verschlechterung des Lohnschutzes. Der Preis für ein Abkommen ist - Stand heute - zu hoch. Hinzu kommt, dass die Arbeitgeberseite notwendige Anpassungen im Lohnschutz ablehnt. Diese sind aber notwendig, damit vorhandene Probleme auf dem Arbeitsmarkt adressiert werden können. Bereits heute sind die flankierenden Massnahmen zunehmend veraltet und angeschlagen. Das Versprechen beispielsweise, dass bei wiederholten missbräuchlichen Lohnunterbietungen klare Lohnuntergrenzen definiert werden, wird in praktisch keinem Kanton eingehalten. Eine Sicherung des Lohnschutzes ist deshalb nur in Bereichen mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen möglich. Eine Modernisierung des Lohnschutzes in diese Richtung wird aber von den Arbeitgebern abgelehnt.

Liberalisierungen nicht ins Paket aufnehmen

Der Paketansatz führt dazu, dass weitere Themen mit der Europäischen Union diskutiert werden und ein Vertragswerk entsteht, das «Bilaterale III» genannt werden kann. Dieser Ansatz scheint in den Sondierungen hilfreich gewesen zu sein. Auch das bestehende Landverkehrsabkommen wurde in den Sondierungen diskutiert. Die EU fordert von der Schweiz die Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs. Dabei hat der Bundesrat immer das Kooperationsmodell vertreten und die SBB haben mit den umliegenden Bahnunternehmen in Kooperation grenzüberschreitende Bahnverbindungen entwickelt. Die Öffnung des Personenverkehrs für private Unternehmen stellt einen Paradigmenwechsel und eine Gefahr für das Schweizer öV-System dar. Travail.Suisse – und auch der Personalverband Transfair als Sozialpartner der SBB und diverser Privatbahnen – lehnt die Verknüpfung mit dem «Bilaterale III-Paket» ab. Auch die Liberalisierung des Strommarktes ist mit dem Stromabkommen seit längerer Zeit ein Thema. Der Bundesrat darf keine Verpflichtung zur Öffnung des Strommarktes für private Haushalte im Rahmen der Verhandlungen eingehen, ohne separat die inländischen Diskussionen und Referendumsabstimmungen dazu abzuwarten.

Chancen und Risiken aufzeigen

Der Bundesrat muss seine Entscheidungen gut begründen, damit sie für möglichst viele Stimmberechtigte nachvollziehbar sind. Vorteile eines neuen Vertragspakets sowie Risiken müssen dargestellt werden. Mit einer gleichzeitigen Schwächung des Lohnschutzes, einer Liberalisierung im Bahnverkehr und bei der Stromversorgung ist ein Abkommen mit der EU von vornherein zu Scheitern verurteilt. Nach dem Brexit hat die EU-Kommission mit der Säule sozialer Rechte eine Kurskorrektur vorgenommen und unter anderem den Lohnschutz verbessert. Auch Norwegen hat einen Massnahmenplan entwickelt, damit die Bevölkerung besser gegen die Folgen des freien Marktes geschützt wird. Die Schweiz aber soll gemäss dem Bundesrat die EU-Verhandlungen offenbar für einen Liberalisierungsschock nutzen. Das ist für Travail.Suisse inakzeptabel. Soll für ein neues Abkommen mit der EU in der Schweizer Stimmbevölkerung eine Mehrheit gewonnen werden, dann braucht es eine breite Koalition wie bei früheren EU-Abstimmungen. Der Bundesrat tut gut daran bei seinen Entscheiden in den nächsten Tagen bereits daran zu denken, wie er eine solche Mehrheit schaffen will.